

BFS-TRENDINFO

5/17

Informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

Editorial

Demografie

Wohnberatung und altengerechter Wohnraum immer wichtiger

Vorzeigeregion Emsland: Dorfgemeinschaft mit Anpacker-App

Kinder- und Jugendhilfe

Kein Dach über dem Kopf – und trotzdem unsichtbar

Schulverpflegung: Vom Teller in die Tonne

Gesellschaft

Bildungsrepublik Deutschland: Junge Menschen überholen ihre Eltern

Integration

Jobs für Flüchtlinge: Was Unternehmen hilft, noch mehr zu leisten

Gesundheit

EU-Vergleich: Bestnoten für das deutsche Gesundheitssystem

Buchempfehlung

Gunter Dueck: Flachsinn. Ich habe Hirn, ich will hier raus

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

am 27. April 2017 war es wieder einmal soweit: Zum zehnten Mal fand die Preisverleihung im Wettbewerb Sozialkampagne statt. Mit der Aktion „Rechts gegen Rechts“, einem unfreiwilligen Spendenmarsch von Neonazis für die Aussteiger-Initiative EXIT-Deutschland hat die Agentur Grabarz & Partner den mit 10.000 Euro dotierten 1. Preis gewonnen. Der 2. Preis (5.000 Euro) ging an die Initiative „WhatsGerman“ der Plan.Net Campaign GmbH, die mit einem Sprachkurs über WhatsApp Flüchtlinge schnell und einfach beim Deutschlernen unterstützte. Den 3. Preis, dotiert mit 3.000 Euro, gewann die Agentur Leo Burnett für ihre Kampagne „Gif Freedom“ zugunsten von Amnesty International.

„Die sozialen Herausforderungen in unserer Gesellschaft sind nicht unbedingt kleiner geworden. Aber wir erleben in unserer täglichen Arbeit mit unseren Kunden, wie man mit Kreativität und Energie Hoffnung stiften und Positives bewirken kann“, so BFS-Vorstandsvorsitzender Prof. Dr. Harald Schmitz bei der Preisverleihung. Die guten Beispiele möglichst vielen Menschen aus der Sozial- und Gesundheitswirtschaft zu zeigen, ist ein Anliegen des Wettbewerbs Sozialkampagne und unserer Bank.

Wenn Sie sich die zehn besten Beiträge ansehen wollen: Die Wettbewerbsdokumentation und die prämierten Videos finden Sie unter wettbewerb-sozialkampagne.sozialbank.de.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Ihr Bank für Sozialwirtschaft

Demografie

Wohnberatung und altengerechter Wohnraum immer wichtiger

Im Alter werden die eigenen vier Wände und das direkte Wohnumfeld immer wichtiger: Gibt es genügend Einkaufsmöglichkeiten? Sind Ärzte und Apotheker gut erreichbar? Kann man sich auf eine intakte Nachbarschaft verlassen? Das Deutsche Zentrum für Altersfragen (DZA) ist diesen Fragen in seinem aktuellen Report „Altersdaten“ nachgegangen. Erstes Fazit: Die Wohnbedingungen älterer Menschen haben sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verbessert. Es gibt jedoch immer noch zu wenig altengerechten Wohnraum. Und: Versorgungsdichte und Mobilitätsangebote sind in der Stadt besser – dafür sind auf dem Land die nachbarschaftlichen Kontakte stärker ausgeprägt.

Zufriedenheit bei den Ältesten am höchsten

Der Report fragt die Parameter Einkaufsmöglichkeiten, Arzt- und Apothekendichte sowie Mobilität ab. Interessanterweise ist die Zufriedenheit in der Gruppe der Ältesten (70-85 Jahre) am größten: So sehen knapp die Hälfte (49 %) genügend Einkaufsmöglichkeiten, rund 47 Prozent finden ausreichend Ärzte und Apotheken in ihrer Umgebung und 43 Prozent beurteilen ihre Wohngegend als gut an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen.

Dagegen halten nur rund 39 Prozent der 40- bis 54-Jährigen und 41 Prozent der 55- bis 69-Jährigen die Einkaufsinfrastruktur vor Ort für ausreichend. Auch mit der Ärzte- und

Apothekenversorgung sind sie weniger zufrieden (40- bis 54-Jährige: 40 %; 55- bis 69-Jährige: 43 %). Gleiches gilt für den Anschluss an den Nahverkehr: Diesen empfinden nur 31 (44- bis 54-Jährige) bzw. 32 Prozent (55- bis 69-Jährige) der Jüngeren als gut.

Alter und Behinderung

Anders sieht dies bei Menschen mit starken Mobilitätseinschränkungen aus – egal aus welcher Altersgruppe: Nur rund ein Drittel von ihnen ist mit den Einkaufsmöglichkeiten und der Ärzte- und Apothekendichte zufrieden. Hier wäre interessant zu erfahren, welcher Entfernungsradius für mobilitätseingeschränkte Menschen noch tolerabel ist.

Deutliches Stadt-Land-Gefälle

Deutlich sichtbar wird in der Studie das Stadt-Land-Gefälle. So wurden die verschiedenen Parameter der Wohnbedingungen nicht nur nach Altersgruppen, sondern auch nach Region abgefragt: „Eine geringere Einwohnerdichte führt meist auch zu einer abnehmenden Wirtschaftskraft und einer ausgedünnten Infrastruktur.“ Mit den Einkaufsmöglichkeiten sind in den Städten knapp 55 Prozent zufrieden, auf dem Land nur etwa 41 Prozent. Hier seien neue Wege der Strukturförderung erforderlich, so die Autorinnen – zum Beispiel durch „rollende Supermärkte“ oder „mobile Bänke“.

Hausärztliche Versorgung auf dem Land lässt nach

Noch deutlicher wird der Kontrast beim Thema medizinische Versorgung: Während rund 55 Prozent der Städter diese als vollkommen ausreichend erachten, lässt sie auf dem Land offenbar zu wünschen übrig: Nur 44 Prozent der ländlich geprägten Flächenländer West und sogar nur 32 Prozent der Flächenländer Ost sind mit der Arzt- und Apothekendichte zufrieden. „Besonders in ländlichen Regionen hat sich die hausärztliche Versorgung verschlechtert“, konstatiert die Untersuchung.

Breiter Verbesserungsbedarf

Kritisch besehen zeigen die bisherigen Zahlen, dass die Mehrheit der 40- bis 85-Jährigen nicht hundertprozentig zufrieden mit ihrem Wohnumfeld ist. Gewisse Abhilfe könnten seniorenspezifische Dienstleistungen und Einrichtungen schaffen, denen die Studie ein eigenes Kapitel widmet. Immerhin rund 80 Prozent aller Befragten kennen zumindest ein seniorenspezifisches Angebot an ihrem Wohnort. Am bekanntesten sind Begegnungsstätten und Mehrgenerationenhäuser (bei rund 72 %), doch nur neun Prozent derjenigen, die davon wissen, nutzen diese auch. Pflegeberatungsstellen sind 56 Prozent der Befragten bekannt, 12 Prozent suchen diese auf. Die Seniorenberatungsstellen vor

Ort kennen 44 Prozent der 40- bis 85-Jährigen, aber nur rund sechs Prozent dieser Gruppe nehmen das Angebot in Anspruch. Wenig bekannt sind die Wohnberatungsstellen – nur knapp 27 Prozent der Befragten wussten davon, von diesen waren es wiederum nur 7 Prozent, die sie nutzen.

Gerade vor dem Hintergrund, dass „der Anteil an barrierearmen und damit altengerechtem Wohnraum noch deutlich zu gering ist“, wäre eine Stärkung der Wohnberatung sinnvoll, um älteren Menschen einen möglichst langen Verbleib in ihren eigenen vier Wänden zu ermöglichen.

... und meinen lieben Nachbarn auch

Da der persönliche Aktionsradius mit zunehmendem Alter schrumpft, steigt die Bedeutung des nachbarschaftlichen Miteinanders: Knapp 46 Prozent der Befragten geben an, engen Kontakt in die Nachbarschaft zu haben, 39 Prozent haben weniger enge Beziehungen, knapp 16 Prozent kaum oder gar keinen Kontakt. Hier schlägt das Land die Stadt: In den Flächenländern hatten rund 46 Prozent gute Beziehungen zu den Nachbarn, in den Städten waren es nur 40 Prozent. Im Schnitt lag die Zahl der Nachbarn, die man um einen Gefallen bitten kann, bei vier Personen.

Wer körperlich nicht mehr mobil ist, hat es allerdings schwerer: Rund 20 Prozent der Menschen mit Mobilitätseinschränkungen

haben keine oder nur eine Person in der Nachbarschaft, die ihnen im Notfall helfen kann.

Datenbasis: Deutscher Alterssurvey 2014

Die Verfasserinnen des Reports – die Sozialwissenschaftlerinnen Sonja Nowossadeck und Jenny Block – stützen ihre Auswertung vor allem auf den Deutschen Alterssurvey (DEAS) 2014. Diese Daten wurden vor rund einem Jahr veröffentlicht. Mehr als 6.000 Personen im Alter von 40 bis 85 Jahren wurden dort u.a. zu den Themen Wohnen und Wohnumfeld befragt. Rund 90 Prozent der Umfrageteilnehmer bezeichneten ihre Wohnsituation als gut oder sehr gut. 62 Prozent lebten in der eigenen Immobilie (1996 waren es 58 %).

Sonja Nowossadeck / Jenny Block, Wohnumfeld und Nachbarschaftsbeziehungen in der zweiten Lebenshälfte, hg. vom Deutschen Zentrum für Altersfragen, in: Report Altersdaten, Heft 1/2017, 27 Seiten, [Download](#).

Vorzeigeregion Emsland: Dorfgemeinschaft mit Anpacker-App

Was fällt dem Bundesbürger spontan zum Emsland ein? Biogas, Meyer-Werft und eine trinkfeste Landjugend. Doch diese Klischees greifen viel zu kurz, wie eine neue Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung zeigt. Noch in

den 1950er-Jahren als Armenhaus geschmäht, hat sich der niedersächsische Landstrich an der holländischen Grenze zur Vorzeigeregion gemausert. Abwanderung und Verödung, das Schicksal ländlicher Räume etwa in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, blieben dem Emsland erspart. Warum ist der Landkreis so erfolgreich? Wie bereitet er sich auf die Zukunft vor? Die Studie untersucht, was im Norden anders läuft und was ländliche Regionen davon lernen können.

Vom Armenhaus zur blühenden Landschaft

Noch bis weit ins 20. Jahrhundert hinein bestimmten karge Böden und ausgedehnte Moorlandschaften das Leben der Emsländer. Später aber trugen die milliardenschweren Strukturhilfen des Emslandplans (1950-1989) entscheidend zum Anschluss an das Wirtschaftswunder-Deutschland bei. Meist inhabergeführte klein- und mittelständische Unternehmen bilden das Rückgrat der Wirtschaft. Fahrzeug-, Maschinen- und Schiffsbauer, Betriebe der Fleischerzeugung und Energieunternehmen prägen die Branchenstruktur.

Erfolgreich im ländlichen Raum

Die Wirtschaftskrise 2007/08 hinterließ keine tieferen Spuren, stellt die Studie fest. Zwischen 2008 und 2013 wuchs das regionale Bruttoinlandsprodukt mit 9,4 Prozent doppelt so stark wie im Bundesdurchschnitt. In einigen Gemeinden

herrschte sogar Vollbeschäftigung. Mit 36.500 Euro pro Einwohner erwirtschafteten die Emsländer 2013 das höchste Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt aller dünn besiedelten ländlichen Kreisregionen in Deutschland. Auch die demografische Entwicklung verläuft gegen den Trend. Ende 2014 zählte der Landkreis Emsland 20 Prozent mehr Einwohner als 1989.

Eine Region lebt Verantwortung

Als „Glücksfall“ werten die Autoren des Berliner Instituts ein noch weitgehend intaktes Dorf- und Kleinstadtleben mit subsidiären Strukturen. Das erzeuge das Gefühl einer lokalen Verantwortungsgemeinschaft, fanden die Forscher exemplarisch in den drei Gemeinden Emsbüren, Werpeloh und Thuine heraus. „Durch das vielfältige Engagement rund um den eigenen Kirchturm schaffen die Bewohner ein attraktives Lebensumfeld, das die Menschen mit ihrer Heimat verbindet und auch Zuzügler von außen anlockt.“ Die Bürger engagieren sich im Schützenverein, bei der Kirche oder der freiwilligen Feuerwehr und packen bei Projekten zur Dorfentwicklung an. „Mit diesem Selbstbild heben sich die Emsländer deutlich ab von anderen entlegenen Gebieten, die sich mitunter als Opfer eines Strukturwandels sehen und sich diesem kampfflos ergeben.“

Kirche als tragende Säule des Soziallebens

Die Kirche fungiert an der Ems unübersehbar als Seelsorge- und Glaubensinstitution. Dienstleistungen in Kindertagesstätten, bei der Jugendarbeit, in Krankenhäusern, Senioreneinrichtungen und Pflegediensten machen sie zu einer tragenden Säule der sozialen Infrastruktur. Die Pfarrgemeinden sind Bezugsrahmen eines dichtgewebten Netzes lokaler Engagementkultur, stellten die Studienautoren in 36 Interviews vor Ort fest – vom Besuchsdienst im Krankenhaus über den Mobilen Einkaufswagen bis zur Nachbarschaftshilfe zugunsten alter Menschen und unterstützungsbedürftiger Jugendlicher.

Zeiten ändern sich

Vieles mag nach einer Idylle aus alten Zeiten klingen, dennoch ändern sich auch im Emsland die Zeiten. Auch dort gehen die Kinderzahlen zurück, verändert der Zuzug von Neubürgern und Flüchtlingen das soziale Miteinander. Die Bürger sind seltener vor Ort beschäftigt, häufig als Doppelverdiener gefordert und wirken nicht mehr fraglos in der Dorfgemeinschaft mit. Dem Ehrenamt und Vereinsleben wird der Nachwuchs knapp, die Kirche verliert vor allem bei Jüngeren an Rückhalt.

Was tun für ein zukunftsfähiges Emsland?

Angesichts solcher gesellschaftlicher Umbrüche untersucht die Studie, wo die Modernisierung sozialer Strukturen ansetzen sollte und dies bereits tut.

- Die Bürger wachsen ins Ehrenamt nicht mehr hinein, sie wollen motiviert werden und auswählen. Dazu müssten traditionelle Vereine ihre Leistungen regelrecht „vermarkten“, empfiehlt die Studie: „Was bietet etwa der Schützenverein einem Familienvater, die katholische Frauengemeinde Deutschlands einer jungen Frau oder die Landfrauenvereinigung einer berufstätigen Mutter?“ Beispielhaft ist die „Anpacker-App“ des Caritasverbands im Bistum Osnabrück, eine digitale Stellenbörse für Ehrenamtler.
- Gemeinden und Unternehmen müssen sich familienfreundlich aufstellen und das überregional bekannt machen, um Arbeitskräfte anzuziehen. Im Emsland gibt es bereits gute Ansätze dazu: den Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige, die Schaffung von Familienzentren, ein Zertifikat für familienfreundliche Arbeitgeber.

- Kinder und Jugendliche für regelmäßige Freizeitaktivitäten in Gemeinde, Kirche und Verein zu begeistern, verlangt neue Formen der Ansprache. Die Verantwortlichen müssen genauer hinhören, was den Nachwuchs interessiert. Die neuen Medien sollten dabei einen festen Platz haben, stellen die Verfasser klar. „Je stärker dabei junge Menschen eingebunden sind und nicht nur ein fertiges Programm vorgesetzt bekommen, desto größer dürften auch die Erfolgsaussichten sein.“
- Ganztagschule und hohes Lernpensum konkurrieren mit den Vereinen um Zeit und Energie der Jugendlichen. Dieser Konflikt könnte durch Einbindung der Vereine in die Nachmittagsgestaltung der Schulen, etwa durch musikalische und sportliche Aktivitäten, entschärft werden. Entsprechende Vereinbarungen zwischen Landessportbund Niedersachsen und Kultusministerium tragen erste Früchte. Denkbar wäre, weitere Akteure wie Freiwillige Feuerwehr, Musikvereine und die Landfrauen in derartige Kooperationsformen einzubeziehen.
- Ortskerne bedürfen eines breiten Versorgungsangebots. Eine Stadt wie Emsbüren etwa macht sich für Quartiersentwicklung stark, ein eigens beauftragter Citymanager ist nur für Wirtschaftsförderung zuständig. Kleine Gemeinden gründen genossenschaftliche Dorfläden und bündeln ortsnahe Dienstleistungen.
- Weil die Bindung zur Kirche auch im Emsland zurückgeht, könnte ihre Rolle als Treiber sozialen Engagements abnehmen, stellt die Studie fest. „Damit sie diese wichtige Rolle auch künftig wahrnehmen kann, muss sie mit ihren vielen sozialen und ehrenamtlichen Einrichtungen in Zukunft auch jene Menschen erreichen, die nicht zum engsten Kreis der Kirchengemeinde zählen.“

Viele der von den Autoren thematisierten Maßnahmen zur Zukunftssicherung im Emsland – und in jeweils angepasster Form in anderen ländlichen Räumen – stehen erst am Anfang und müssen sich noch bewähren. Das Beispiel Emsland zeigt jedoch, dass diese Regionen das Zeug zum Hidden Champion haben und die Zentralisierung in den Metropolen ganz und gar nicht alternativlos ist.

Theresa Damm / Susanne Dähler / Manuel Slupina / Reiner Klingholz, Von Kirchtürmen und Netzwerken. Wie engagierte Bürger das Emsland voranbringen, hg. von Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, März 2017, 61 Seiten, [Download](#).

Die Studie wurde u. a. vom Caritasverband für die Diözese Osnabrück gefördert.

Kinder- und Jugendhilfe

Kein Dach über dem Kopf – und trotzdem unsichtbar

In den Großstädten gehören sie zum Straßenbild: Obdachlose in Einkaufsmeilen und an Bahnhöfen. Sie betteln, sammeln Pfandflaschen und ziehen mit ihren Habseligkeiten umher. Passanten wenden sich schnell ab, bevor sie angesprochen werden können. Vollends aus dem Blick geraten junge Menschen, die auf der Straße leben. Wie sind sie in diese Situation geraten, wie sehen sie sich selbst? Davon wissen wir nur wenig. Es gibt nicht einmal eine bundesweit einheitliche Erfassung von Wohnungslosen jeglichen Alters. Ein zweiteiliges Forschungsprojekt des Deutschen Jugendinstituts (DJI) leistet hier Pionierarbeit. Im Mittelpunkt steht die Erhebung zu Anzahl, Alter und Begriffsbestimmung des Personenkreises.

37.000 Jugendliche ohne festen Wohnsitz

Rund 37.000 junge Menschen unter 26 Jahren haben hierzulande keine feste Bleibe, sind obdach- oder wohnungslos. Zwei Drittel sind männlich, ein Drittel ist weiblichen Geschlechts, 20 Prozent sind minderjährig. Die Studie definiert diese Menschen als Straßenjugendliche. Sie haben keinen festen Wohnsitz oder halten sich nicht an ihrem gemeldeten Wohnsitz auf.

Auch die neuen Zahlen beziehen Schätzungen und Hochrechnungen ein – ein unvermeidliches Vorgehen: „Straßenjugendliche bleiben in Städten oft unsichtbar und konnten somit vermutlich nicht adäquat erfasst werden“,

erläutert DJI-Autorin Carolin Hoch. Überdies verfügen nicht alle Stadt- und Landkreise über Hilfseinrichtungen, sehr wohl aber über wohnungslose Jugendliche.

Viele schaffen den Absprung nicht

Straßenjugendliche sind mehrheitlich von Wohnungslosigkeit (67 %), nicht von Obdachlosigkeit (33 %) betroffen, ermittelte die Untersuchung. Nicht alle Jugendlichen leben also auf der Straße. Viele kommen auch bei Bekannten oder in Notunterkünften unter. Immerhin jeder Dritte aber lebt und schläft im Freien. 25 Prozent aller Befragten waren bereits seit zwei Jahren ohne festen Wohnsitz. Zwar dauerten die Straßenepisoden, bezogen auf den Befragungszeitraum von zwei Jahren, lediglich ein Jahr im Durchschnitt. Doch viele Betroffene schaffen den Absprung nicht, weshalb sich mit zunehmendem Alter die Straßenkarriere verstetigt. „Je älter Betroffene sind, umso länger ist tendenziell die Straßenkarriere.“

Bereits als Kind auf die Straße

Die durchschnittliche Straßenkarriere beginnt im Alter von 16 Jahren, bei einem Großteil der Jugendlichen jedoch erst mit der Volljährigkeit, ergab die Studie. Immerhin 15 Prozent datierten ihren Kontakt mit der Straße bereits vor dem 15. Lebensjahr, hatten also schon als Kind kein Zuhause. Bis zum Alter von 18 Jahren leben mehr Mädchen als Jungen auf der Straße,

danach kehrt sich das Verhältnis um (Mädchen: 38 %, Jungen: 62 %). Zeitlich liegen beide Geschlechter beim Einstieg in die Straßenkarriere gleichauf.

Meistens stehen familiäre Zerwürfnisse am Anfang der Straßenkarriere. Die meisten Jugendlichen haben aber weiterhin Kontakt zu ihren Elternhäusern. Mit zunehmendem Alter tritt dieser Auslöser zugunsten von individuellen Problemen wie Sucht, Krankheit und Krankheit zurück. Häufig sind es auch Belastungen wie der Verlust des Partners, der Wohnung oder der Ausbildung, die den Betroffenen aus der Bahn werfen. Fehlende schulische Qualifikation spielt als Motiv keine überragende Rolle. Rund 42 Prozent haben einen Hauptschulabschluss, jeweils rund 30 Prozent einen Realschul- oder keinen Abschluss.

Obdachlose auf Überlebenshilfen angewiesen

Es ist nicht überraschend, dass Wohnungslose und Obdachlose ihre Hilfseinrichtungen unterschiedlich nutzen. Wohnungslose Jugendliche nehmen vor allem Beratungsangebote in Anspruch und haben mit zunehmendem Alter Kontakt zum Jobcenter. Wer kein Dach über dem Kopf hat, nutzt hauptsächlich Überlebenshilfen wie Essen, Trinken, Duschen und Waschen. Diese Konstellation lässt die überaus entbehrungsreiche Lebenssituation Obdachloser erkennen. Vor allem Minderjährige halten Kontakt mit dem Jugendamt, der jedoch mit Eintritt

der Volljährigkeit meist abbricht. Diese Jugendlichen laufen Gefahr, aus den Hilfestrukturen herauszufallen. Stattdessen nutzen deutlich mehr der befragten Jugendlichen den Kontakt zum Jobcenter, Wohnungslose (75 %) mehr als Obdachlose (51 %). „Der Kontakt zum Jobcenter spiegelt sich auch in der finanziellen Situation wieder“, konstatiert die Studie. Der größte Anteil der Befragten (36 %) erhielt der Studie zufolge Geld vor allem durch Hartz IV, der zweitgrößte (23 %) durch legalen Gelderwerb auf der Straße wie zum Beispiel Betteln, Pfandflaschen sammeln und Straßenmusik. Den Jugendlichen stehen von Amts wegen im Schnitt 108 Euro wöchentlich zur Verfügung. Illegale Geldbeschaffung oder Prostitution erwiesen sich als eher selten.

Hilfe für Straßenjugendliche: Was Fachkräfte kritisch sehen

Aufschlussreich ist die Kritik der befragten Fachkräfte an den Hilfestellungen für Straßenjugendliche. Sie sind mehrheitlich der Ansicht, dass die vorhandenen Förderangebote nicht ausreichen (29 %), meist unterfinanziert (27 %) und oft befristet sind (21 %). Das DJI sieht bei den Jugendämtern eine Mitverantwortung für die hohe Zahl junger Wohnungsloser: Mit Erreichen der Volljährigkeit beenden sie meist abrupt jede Hilfe. Hier bestehe die Gefahr, dass aus Heimkindern unversehens Straßenjugendliche werden, bemängeln die Experten. Vor allem die Beratungsangebote und individuellen Begleitungen

sollten ausgebaut werden, so die Überzeugung der befragten Fachkräfte.

Methodische Anmerkungen

Der jetzt vorgelegte Endbericht des DJI, verfasst von Carolin Hoch, basiert auf Interviews mit rund 300 obdach- oder wohnungslosen jungen Menschen in Berlin, Hamburg und Köln (Zwischenbericht) und einer bundesweiten Befragung von 300 Fachkräften in Notunterkünften (Endbericht). Das Projekt wurde von Oktober 2015 bis Januar 2017 erarbeitet.

Carolin Hoch: Straßenjugendliche in Deutschland – eine Erhebung zum Ausmaß des Phänomens, hg. von Deutsches Jugendinstitut (DJI), München.

Endbericht – zentrale Ergebnisse der 2. Projektphase, 2017, 55 Seiten

Zwischenbericht – zentrale Ergebnisse der 1. Projektphase, 2016, 59 Seiten

Schulverpflegung: Vom Teller in die Tonne

Im Unterricht sollen Schüler Bestleistungen bringen, beim Mittagessen fühlen sie sich schlecht abgespeist. „Kann man

nicht essen“, „lauwarm“, „immer dasselbe“, so klingt es aus Schülermund. Wissenschaftler stimmen der Kritik zu und bemängeln, dass in Schulkantinen häufig Fleisch, Fett und Fertigprodukte aufgetischt werden. Einen wichtigen Beitrag zur Diskussion liefert die Verbraucherzentrale NRW. In einer umfangreichen Studie thematisiert sie den Zusammenhang von Schulessen und Abfallvermeidung.* Die Expertise verknüpft ernährungswissenschaftliche, ökologische und betriebswirtschaftliche Aspekte und zeigt Wege zur Wertschätzung von Lebensmitteln und zur bedarfsgerechten Verpflegung im Schulalltag auf.

Ein Viertel des Essens wandert in den Müll

Ausgangspunkt der Studie ist die Messung und Analyse von Speiseresten an elf Ganztagschulen der Primar- sowie der Sekundarstufen I und II in NRW. Demnach wird ein Viertel des Essens als Abfall entsorgt. Hochgerechnet auf alle deutschen Ganztagschulen macht das 29.000 Tonnen Lebensmittelabfälle pro Jahr oder 22 Kilogramm pro Schüler. Kostenpunkt: knapp 58 Millionen Euro. Mit dem Ausbau der Ganztagschulen dürfte sich die Entwicklung fortsetzen.

Eine zentrale Erkenntnis der Forscher unter Projektleitung von Frank Waskow ist, dass die Menge der Lebensmittelabfälle stark von Standort und Struktur der Schulen, Küchen und Caterer abhängt. Die Bandbreite der Abfallquoten in den Schulen liegt

zwischen 7 und 46 Prozent. Die Ursachen sind vielfältig, die wichtigsten Maßnahmen zur Abfallvermeidung auch.

- **Messung von Lebensmittelabfällen:** Viele Schulküchen und Caterer können Mengen, Bestandteile und Wert der entsorgten Abfälle überhaupt nicht einschätzen. Erst eine Messung und Zuordnung der Abfälle (Tellerreste, Ausgabereste, Zubereitungsverluste, überlange Lagerung) schafft Klarheit. Dann ermöglicht der regelmäßige Austausch zwischen Spülküche und Küchenleitung die Anpassung der zubereiteten Mengen an den tatsächlichen Bedarf; häufig zurückgewiesene Speisekomponenten können ersetzt werden.
- **Verbindliches Bestell- und Feedbacksystem:** Trotz bestehender Anmelde Listen für die Schüler bleibt die genaue Ermittlung der Bedarfsmengen für Schulküchen und Caterer eine große Herausforderung. Zusätzlich zur unterschiedlichen Präferenz für einzelne Mittagsgerichte erschweren Krankmeldungen, Projekttag und Ausflüge die Kalkulation. Bestellsysteme müssten verbindlicher gehandhabt und Informationen über abwesende Schüler durch die Schule an die Küche weitergeleitet werden, fordert die Studie.
- **Durchdachtes Küchenmanagement:** Häufig wird ohne genaue Rezepturen aus dem Bauch heraus gekocht, an der Essensausgabe ohne Mengenkontrolle portioniert. Ein durchdachtes Küchenmanagement, eine bedarfsgerechte

Kalkulation der Produktionsmengen sowie ein Ausgabesystem, bei dem Schüler ihre Wünsche einbringen, dürften Lebensmittelabfälle vermeiden helfen.

- **Zielgruppengerechte Speisepläne:** Manche Speisen sind wenig kind- und jugendgerecht (scharfe oder exotische Komponenten, fette Soßen). Sie erzeugen große Abfallmengen. Geschmacksproben, Probierteller und eine gezielte Schülerbefragung sollten der Einführung neuer Speisen vorausgehen.
- **Küche als Teil des Schullebens:** Die Kommunikation zwischen Schule und Küche bzw. Caterer ist häufig verbesserungsbedürftig. „In vielen Schulen wird die Küche bzw. die Ausgabe durch Caterer nur als externe Dienstleistung, aber nicht als Teil der Schulgemeinde wahrgenommen“, monieren die Autoren. Ein Verpflegungsbeauftragter könnte die Kooperation stärken und somit das Verpflegungsmanagement verbessern.
- **Motivation des Küchenpersonals:** Bei allen Beteiligten sollte das Interesse an Abfallvermeidung geweckt werden. Beim Caterer durch verringerten Wareneinsatz, bei den Mitarbeitern durch ein betriebliches Vorschlagswesen, bei der ganzen Schule durch Herstellung und Genuss hochwertiger Speisen.
- **Abfallvermeidung im Unterricht:** Das Thema hat eine Türöffner-Funktion in Schule und Unterricht, stellt die Studie fest. Es schneidet vielfältige Aspekte rund um nachhaltige Ernährung und Lebensmittelwirtschaft an, die

im Projektunterricht oder durch den gemeinsamen Betrieb eines Schulgartens aufgegriffen werden können.

Gutes Schulessen hat seinen Preis

Ob Schüler, Schulen oder Caterer: Eine Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen würde nur Gewinner produzieren, malt die Studie aus. Doch wie bei fast allen guten Projekten fällt auch hier zunächst erhöhter Aufwand an, etwa bei der Neuausrichtung des Küchen- und Ausgabemanagements. Wer soll das bezahlen? Bei Grundschulen liegt der durchschnittliche Preis pro Mahlzeit („Elternpreis“) bei aktuell 2,83 Euro, an weiterführenden Schulen bei 3,05 Euro. „Staatliche Zuschüsse zur Schulverpflegung sind zu vernachlässigen“, merkt Wasko kritisch an. Der Schlüssel für eine Reform liegt in der kreativen Abfallvermeidung: Pro Kilogramm inklusive Entsorgung ließen sich zwei Euro sparen – angesichts einer Abfallquote von bis zu 46 Prozent pro Schule (s. o.) ein beträchtlicher Batzen. „Eingesparte Kosten können dann in eine höherwertige Schulverpflegung investiert werden.“ Doch Geld alleine ist nicht alles. Gesunde und nachhaltige Schulverpflegung ist das Ergebnis langfristigen Umdenkens, wissen die Forscher. Weshalb sie sich derzeit bereits für eine verbesserte Fort- und Weiterbildung aller Beteiligten stark machen.

* Die Studie der Verbraucherzentrale NRW erscheint innerhalb des vom Bundesforschungsministerium geförderten Projekts

ReFoWas (REduce FOod WASte). Weitere Projektpartner sind das Thünen-Institut, die Universität Stuttgart und das Max Rubner-Institut mit jeweils eigenen Themenschwerpunkten.

Frank Waskow / Antonia Blumenthal, Erhebung, Relevanz und Ursachen von Lebensmittelabfällen in der Mittagsverpflegung von Ganztagschulen (Fallstudie): Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 2016, 67 Seiten, [Download](#).

Gesellschaft

Bildungsrepublik Deutschland: Junge Menschen überholen ihre Eltern

Diese Nachricht dürfte die meisten Eltern mit Stolz erfüllen: Immer mehr junge Leute überholen ihre Eltern – sie erzielen höhere Bildungsabschlüsse und verdienen mehr. „Die durchschnittliche Qualifikation der in Deutschland lebenden Menschen wird sich in den kommenden Jahren aber wohl kaum verbessern“, gibt eine aktuelle Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) gleich einen Wermutstropfen dazu. Der hohe Anteil schlecht qualifizierter Zuwanderer aus Krisen- und Kriegsregionen könnte sich negativ auf die Bildungsstatistik im Lande auswirken.

Höhere Bildungsmobilität der Jüngeren

Wie IW-Berechnungen auf Basis von Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) zeigen, unterscheidet sich das Bildungsniveau vieler junger Menschen hierzulande deutlich positiv von dem ihrer Eltern:

- 27 Prozent der 25- bis 34-Jährigen erzielten einen höheren Bildungsabschluss als der Vater, 35 Prozent schnitten besser als die Mutter ab (2013/14).
- Natürlich gab es auch Bildungsabsteiger: Einen niedrigeren Abschluss als der Vater erwarben 26 Prozent, als die Mutter 16 Prozent.
- Bei den 35- bis 44-Jährigen wird der Bildungsaufstieg noch deutlicher. 29 Prozent der Jüngeren sind besser gebildet

als der Vater, 40 Prozent besser als die Mutter (Bildungsabsteiger: 22 % im Vergleich zum Vater, 11 % im Vergleich zur Mutter).

Die Abweichungen zwischen jüngerer und der älterer Alterskohorte ergeben sich durch Anpassungen der Bildungsbiografien, etwa durch ein Hochschulstudium nach der Ausbildung. „Erreichen junge Menschen ein höheres Bildungsniveau als ihre Eltern, ist das eine sehr gute Voraussetzung für den sozialen Aufstieg“, stellt die Studie fest.

Bildung verschafft Einkommen

Die Höhe des Bildungsniveaus korreliert meist auch mit dem Einkommen: „31,5 Prozent der Personen ohne einen beruflichen Abschluss zählen in Deutschland zu den Einkommensschwachen, unter den Hochschulabsolventen sind es lediglich 7,4 Prozent“, fassen die Autoren zusammen. Die Bildungsrendite – also die Verzinsung von Bildungsinvestitionen – ist zwischen den Jahren 2000 und 2014 von 8,2 auf 9,3 Prozent gestiegen.

„In den letzten Jahren hat sich der Bildungsstand der in Deutschland lebenden Bevölkerung deutlich verbessert“, halten die IW-Autoren fest. So nahm bei den 25- bis 34-Jährigen der Akademikeranteil um die Hälfte von 16 auf 24 Prozent zu. Drei Faktoren sind dafür ursächlich: die starke Zunahme junger

Menschen mit Studienberechtigung, die Beschleunigung des Studiums durch Bachelor- und Masterabschlüsse und die Zuwanderung vieler junger Hochqualifizierter in den 2000er-Jahren.

Zuwanderung: Starke Auswirkungen auf den Bildungsstand

Für die nahe Zukunft erwarten die IW-Autoren einen merklichen Einfluss von Zuwandererbewegungen auf die Bildungsstatistik. Dabei gilt es Zuwanderer aus den EU-Ländern und aus Kriegs- und Krisengebieten zu unterscheiden – 333.000 Migranten aus dem EU-Ausland und 474.000 alleine aus Afghanistan, Irak und Syrien (2015). Summa summarum heißt das für die Altersgruppe der 25- bis 34-jährigen: Jeder Achte hat den größten Teil seiner Ausbildung nicht in Deutschland absolviert.

Bei den EU-Zuwanderern hat im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung ein deutlich höherer Anteil sowohl einen Hochschulabschluss als auch keinen Berufsabschluss. So haben rund 47 Prozent der zwischen 2007 und 2012 aus Griechenland, Italien, Spanien und Portugal Zugewanderten zwischen 25 und 64 Jahren ein akademisches Diplom und 31 Prozent keinen berufsqualifizierenden Abschluss. „Dies bedeutet, dass durch die EU-Zuwanderung die beiden Extrembereiche in der Bildungsverteilung in Deutschland gestärkt werden (...)“.

Flüchtlinge: Niedrig qualifiziert

Ganz anders sieht es bei Flüchtlingen aus. „Allen verfügbaren Zahlen zufolge sind diese größtenteils relativ niedrig qualifiziert.“ Nur sechs Prozent der erwachsenen Flüchtlinge verfügen über einen beruflichen Abschluss, 13 Prozent über einen Hochschulabschluss. 55 Prozent haben einen Mittelschul- oder weiterführenden Schulabschluss. Neun Prozent haben keine Schule besucht, 24 Prozent diese ohne Abschluss verlassen. Syrer stehen besser da als Afghanen, von denen 26 Prozent nie eine Schule besucht haben. Allerdings dürften wegen des niedrigen Qualifikationsniveaus ihrer Eltern viele Flüchtlingskinder zu Bildungsaufsteigern werden.

Herausforderung für das schulische Leistungsniveau

Die Autoren gehen davon aus, dass die EU-Zuwanderung künftig erheblich abnimmt und der Flüchtlingszuzug trotz umfangreicher Bildungsmaßnahmen zur Verschlechterung der Qualifikationsstruktur hierzulande führen kann. „Steigt der Anteil der Geflüchteten in den Schulklassen in den nächsten Jahren weiter an, so wäre es für die Schulen schon ein großer Erfolg, die Ergebnisse der letzten Vergleichstests (TIMSS, PISA) konstant zu halten“ – das Leistungsniveau könnte sogar sinken. Das Zusammenspiel fehlender Bildungsabschlüsse und

niedriger Haushaltseinkommen würde sich fortsetzen. Folglich gilt es, alles Erdenkliche zu tun, dieser Gefahr vorzubeugen und der Integration zum Erfolg zu verhelfen, empfehlen die IW-Forscher: durch die Vermeidung von Bildungsarmut und die Förderung des Bildungsaufstiegs vor allem von geringqualifizierten Migranten mit guten Integrationsangeboten.

Christina Anger / Wido Geis, Bildungsstand, Bildungsmobilität und Einkommen – Neue Herausforderungen durch die Zuwanderung, in: IW-Trends 1/2017, hg. v. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, S. 43-58, [Download](#).

Integration

Jobs für Flüchtlinge: Was Unternehmen hilft, noch mehr zu leisten

Jedes sechste Unternehmen hat schon Flüchtlinge als Praktikanten, Auszubildende oder reguläre Mitarbeiter beschäftigt. Dabei gibt es nicht nur positive Erfahrungen zu vermelden. Dennoch plant die Mehrheit der Betriebe, auch weiterhin Flüchtlinge einzustellen. Nur leider bleiben viel zu oft Unterstützungsangebote wie etwa der Arbeitgeberservice der Arbeitsagenturen ungenutzt, moniert eine aktuelle Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) – weil sie kaum bekannt oder als bürokratisch verschrien sind.

Externe Förderung und Einstellungspraxis

An diesem Punkt sehen die Autoren noch viele ungenutzte Chancen für eine verbesserte Arbeitsmarktintegration, gerade auch im Hinblick auf Fachkräfteengpässe kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Wie die Praxis zeigt, nehmen die Firmen bestehende Fördermaßnahmen häufig erst dann in Anspruch, wenn Flüchtlinge bereits im Betrieb tätig sind oder die Planung dazu weit fortgeschritten ist. Im Mittelpunkt der Studie steht daher die Frage, wie die staatlichen Unterstützungsangebote beitragen können, die unternehmerische Einstellungspraxis bei Flüchtlingen zu motivieren.

Mittelstand stemmt größten Integrationsbeitrag

Der Studie liegt eine Unternehmensbefragung im

IW-Personalpanel Ende 2016 zugrunde. Daraus ergibt sich, dass 15 Prozent der Unternehmen Erfahrungen mit Flüchtlingen in Praktika, Ausbildungsverhältnissen oder regulärer Beschäftigung gemacht haben. Darüber hinaus planen 15 Prozent der kleinen, 21 Prozent der mittleren und 34 Prozent der großen Unternehmen, im laufenden Jahr Flüchtlinge einzustellen. Daraus ergibt sich eine Zunahme gegenüber 2016. Trotz dieser Prozentverteilung gilt: „Der Mittelstand leistet absolut gesehen den größten Beitrag zur Integration von Flüchtlingen.“ Besonders das Handwerk zeigt eine herausragende Einstellungsbereitschaft.

Woran es bei der Einstellung hakt

Viele Geflüchtete arbeiten in Helfertätigkeiten, nur wenige als Fachkräfte. Hürden für eine Einstellung sind nach Angaben der Arbeitgeber mangelnde Deutschkenntnisse, (86 % der befragten Arbeitgeber), unzureichende fachliche Kompetenzen (65 %) und fehlende Belege über schulische und berufliche Qualifikationen (63 %).

Was die Einstellung begünstigt

Neben Hemmnissen ergab die Befragung auch erleichternde Einstellungsfaktoren. Unternehmen, die bereits Geflüchtete beschäftigt haben, planen weitaus häufiger (66 %), weitere

Geflüchtete einzustellen als Unternehmen ohne Erfahrungen (25 %). Motivation, Einsatzbereitschaft und Lernwille der zugewanderten Mitarbeiter geben den Ausschlag. Weitere Einstellungsanreize sind eine berufsbezogene Sprachförderung parallel zur Beschäftigung, Lohnkostenzuschüsse, ein fester Ansprechpartner bei Behörden sowie ggf. Nachhilfe und sozialpädagogische Betreuung.

Mehr Wissen, mehr Nutzen, mehr Beschäftigung

Unterstützungsangebote für die Einstellung von Flüchtlingen gibt es reichlich, sie sind den Arbeitgebern aber zu wenig bekannt. Die berufsbezogene Deutschförderung etwa kennen nur 38 Prozent der Befragten, Perspektiven für Flüchtlinge (PerF) und Perspektiven für junge Flüchtlinge (PerjuF) nur 12 Prozent. Die Bekanntheitsliste führen das ehrenamtliche Engagement (59 %), der Arbeitgeberservice der Arbeitsagenturen und Jobcenter (54 %) und der Eingliederungszuschuss (48 %) an.

Handlungsoptionen

Immerhin knapp die Hälfte der befragten Unternehmen ist der Meinung, dass die öffentlichen Förderangebote nicht zu ihrem Bedarf passen. Also gilt es, die Maßnahmen künftig noch zielgenauer zu gestalten, fordert die IW-Studie:

- Verkürzung der Laufzeit der Einstiegsqualifizierung (EQ) auf weniger als die bislang erforderlichen sechs bis zwölf Monate.
- Erhöhte Planungssicherheit bei der Besetzung von Ausbildungsstellen, vorzugsweise durch die Anerkennung des Berufsvorbereitungsjahrs als ersten Teil der Ausbildung.
- Ersatz der länderspezifischen Rechtsunsicherheit bei der „3+2-Regelung“ (Duldung für die Ausbildungsdauer plus zwei Jahre für berufliche Beschäftigung) durch eine bundesweit einheitliche Regelung.
- Stärkung von Programmen wie den Willkommens- oder Integrationslotsen bzw. Kümmerern, damit die Unternehmen feste Ansprechpartner haben.

bereits erworbene Kenntnis diverser Förderprogramme zugute. Entscheidend ist der Anstoß zum „ersten Mal“ eben durch bessere Kommunikation und passgenaue Unterstützungsangebote. Das wäre vor allem für die KMU mit ihren begrenzten finanziellen und zeitlichen Ressourcen von Vorteil.

Regina Flake / Svenja Jambo / Sarah Pierenkemper / Paula Risius / Dirk Werner, Beschäftigung und Qualifizierung von Flüchtlingen in Unternehmen. Die Bedeutung von Unterstützungsangeboten bei der Integration, in: IW-Trends 2/2017, hg. v. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, S. 3-20, [Download](#).

Fazit: Persönliche Erfahrung macht's

Schwierigkeiten wie fehlende Sprachkenntnisse oder hoher Betreuungsaufwand haben laut Studie keinen signifikanten Einfluss auf die Planung der Unternehmen, auch künftig Flüchtlinge zu beschäftigen oder zu qualifizieren. „Viel stärker wirkt hingegen der persönliche Kontakt. Wer sich einmal der Zielgruppe Flüchtlinge angenommen und persönliche Erfahrungen mit ihr gesammelt hat, ist trotz eventueller Herausforderungen deutlich häufiger bereit, Flüchtling einzustellen.“ Solchen Firmen kommt auch die

Gesundheit

EU-Vergleich: Bestnoten für das deutsche Gesundheitssystem

Bestnoten und Klassenprimus: Das deutsche Gesundheitssystem muss keinen Vergleich scheuen. Bei allen wichtigen Versorgungsparametern liegt es im Vergleich mit 23 europäischen Ländern vorne. Bei Leistungsumfang, Wahlfreiheit, Wartezeit, Zugang zu innovativen Medikamenten und Zuzahlungen schneidet es „sehr gut“ ab. Die aktuelle Untersuchung des Wissenschaftlichen Instituts der privaten Krankenversicherer (WIP) hebt zwei Systemmerkmale für die Versorgung in den Ländern hervor: die Organisations- und Finanzierungsform.

Vergleichsstaaten mit weniger Leistungen

Damit sieht Autorin Verena Finkenstädt den Befund einer bereits im Jahr 2013 veröffentlichten WIP-Studie zum Thema bestätigt. „In allen anderen Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) werden medizinische Leistungen deutlich stärker rationiert.“ Die verglichenen Länder gehören der OECD, der EU oder der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA an, die Daten stützen sich auf Commonwealth Fund und OECD.

Einzigartig: Nebeneinander von GKV und PKV

Deutschland verdankt seine Spitzenposition vor allem dem dualen Nebeneinander von Gesetzlicher und Privater

Krankenversicherung. Diese Organisationsform erzeugt der WIP-Studie zufolge einen hohen Wettbewerbsdruck, der Qualitäts- oder Leistungskürzungen kaum zulässt. „Somit ist Deutschland das einzige Land, in dem es eine Pflicht zur Versicherung für alle Bürger gibt und in dem parallel zwei Systeme zur Absicherung der Krankheitskosten (...) existieren.“ In anderen europäischen Ländern mit einheitlichem Gesundheitssystem hingegen sind deutlich weniger Leistungen abgedeckt. Das macht private Zusatzzahlungen erforderlich, etwa für Physiotherapie (z. B. Niederlande) oder zahnärztliche Versorgung (z. B. Schweiz).

Zwei Formen der Finanzierung

Der zweite strukturelle Unterschied im Ländervergleich betrifft die Finanzierungsform: Liegt ein steuer- oder beitragsfinanziertes Gesundheitssystem vor, eine staatliche Mindestabsicherung oder ein definierter Leistungskatalog? Steuerfinanzierte Systeme stehen in Konkurrenz zu anderen Politikbereichen. „Ein viel zitiertes Beispiel ist der britische NHS, der faktisch auf Basis des zur Verfügung stehenden Budgets über Leistungsrestriktionen rationiert.“ In beitragsfinanzierten Systemen wie dem deutschen sind die Kostenträger (Krankenkassen) dagegen vom staatlichen Budget weitgehend unabhängig und bemühen sich um Beitragsstabilität.

Zugangshürden im Ländervergleich

Überall werden die Kosten der medizinisch notwendigen Behandlung übernommen, unterschiedlich aber sind die konkreten Leistungsansprüche, analysiert WIP-Autorin Finkenstädt. Oft spielt die Finanzierungsform des Gesundheitssystems hinein.

- **Wahlfreiheit:** Verbindliche Registrierung bei einem bestimmten Hausarzt (Gatekeeping) ist weit verbreitet (z. B. Niederlande, Spanien, Dänemark). Oftmals schließt dies den direkten Zugang zum Facharzt gänzlich aus oder ermöglicht es nur mit finanziellen Belastungen. In Deutschland besteht freie Haus- und Facharztwahl.
- **Wartezeit:** 76 Prozent der befragten Deutschen erhielten am selben oder nächsten Tag einen Hausarzttermin (NL 63 %, GB: 52 %). Für die Wartezeit von der fachärztlichen Überweisung bis zur Operation liegen für Deutschland keine Werte vor, in vielen Ländern (z. B. Polen, Spanien und Norwegen) beträgt sie etwa bei Hüft- und Knieersatz mehr als ein halbes Jahr. Insgesamt spielten Wartezeiten hierzulande eine untergeordnete Rolle, resümiert die WIP-Studie. Auch aus Sicht der OECD führe Deutschland im internationalen Vergleich eine Phantomdebatte.

- **Arzneimittelversorgung:** In fast allen betrachteten Ländern gibt es Positivlisten, die definieren, auf welche Medikamente Patienten Anspruch haben. Deutschland bildet eine Ausnahme, wo alle rezeptpflichtigen Medikamente vom öffentlichen Gesundheitssystem bezahlt werden. Deutsche Versicherte haben überdies den schnellsten Zugang zu innovativen Medikamenten.
- **Zahnärztliche Versorgung:** Die Kosten für zahnmedizinische Leistungen werden in zehn Ländern nicht übernommen, in den übrigen Ländern müssen zum Teil hohe Eigenleistungen erbracht werden. Das gilt auch für Deutschland, allerdings ist der gesetzliche Leistungsumfang (z. B. Prothetik, Arztwahl) größer als anderswo.
- **Zuzahlung:** Im 23-Länder-Vergleich sind die Zuzahlungen hierzulande moderat. Bei Haus- und Fachärzten entfallen sie gänzlich, die Praxisgebühr wurde wieder abgeschafft. Am stärksten trifft es Patienten in Frankreich. Dort übernimmt das Gesundheitssystem nur drei Viertel der Kosten für medizinisch notwendige Behandlungen. Zahlreiche Länder, die keine oder nur geringe Zuzahlungen erheben, begrenzen den Zugang zur Versorgung per Gatekeeping.
- **Private Zusatzversicherung:** Knapp 23 Prozent der Deutschen haben eine private Krankenzusatzversicherung – ein Tiefstwert unter den Ländern mit beitragsfinanziertem

System (Frankreich: 96 %; NL: 85 %), hauptsächlich für zahnärztliche Leistungen. „Dies kann mit dem hohen Versorgungsniveau im öffentlichen System erklärt werden.“

Wahlkampfhilfe für das duale Gesundheitssystem?

Gegenüber der verbreiteten Kritik an Effizienz und Qualität des deutschen Gesundheitssystems kehrt die vorliegende Untersuchung dessen Vorzüge im großen Ländervergleich heraus. Allerdings dürften Timing und Studiendesign nicht zufällig gewählt worden sein. Wie schon die Vorgängerstudie 2013 erscheint die aktuelle Publikation exakt im Vorfeld wichtiger Wahlen. Damit, merkt etwa die Ärzte-Zeitung an, sollen den Befürwortern des dualen Systems von GKV und PKV Argumente gegen die Einheitsversorgung der Bürgerversicherung an die Hand gegeben werden. Das WIP-Fazit legt noch einmal nach: „Alle öffentlichen, nach einheitlichen Finanzierungsregeln konzipierten Gesundheitssysteme verfehlen das Ziel einer einheitlichen Versorgung der Bevölkerung.“

Verena Finkenstädt, Zugangshürden in der Gesundheitsversorgung. Ein europäischer Überblick, Wissenschaftliches Institut der PKV, März 2017, 84 Seiten, [Download](#).

Buchempfehlung

Gunter Dueck: Flachsinn. Ich habe Hirn, ich will hier raus

Campus Verlag, Frankfurt 2017, 260 S., 24,95 Euro, ISBN: 978-3593505176

„Heute hat unser Hirn die Möglichkeit, alles einfach nur genießend zu konsumieren. Die Ernsthaftigkeit zur wirklichen Auseinandersetzung bleibt auf der Strecke“, schreibt der Ex-IBM-Datenexperte Gunter Dueck (65). Bei IBM hatte er den Spitznamen „Wild Duck“, Querdenker. Der Mathematikprofessor kümmerte sich 24 Jahre als Chief Technology Officer um „artgerechte Arbeitsumgebung“ und leitete bei IBM verschiedene Arbeitsgruppen. Der Wissenschaftler war so etwas wie „Teil des technologischen Gewissen“. Seit sechs Jahren ist der kluge Ingenieur im Ruhestand und ein gefragter Redner und Buchautor („Schwarmdumm“) geworden. Jetzt hat der Internetphilosoph ein Buch über „Flachsinn“ im Internet, in der Wirtschaft und der Politik geschrieben. Er fordert: „Lasst uns eine Kultur des Tiefsinns etablieren – Empowerment für alle!“

Der Flachgeistpegel steigt besorgniserregend

Gunter Dueck ist wahrlich kein Digitalverweigerer. Ganz im Gegenteil. „Meine liebste Beschäftigung ist Nachdenken“, sagt der Netzaktivist aus Waldhilsbach bei Heidelberg in „Impresso“, „der Zeitschrift für Zeitschriftenmacher“ (1/2017). „Ich will immer Neues verstehen, Altes wirklich begreifen – und anderen möglichst viel davon mitgeben.“ Der Technologiephilosoph hatte zuletzt vor zwei Jahren die vielgepriesene Schwarmintelligenz des Internets in Frage gestellt (Buchempfehlung in der

BFS-Trendinfo 12/15). Er konstatierte, eigentlich wären wir „schwarmdumm“ und forderte, lieber wieder eigenständig zu denken. Diesmal beklagt er erneut – und zu Recht – den gigantischen „Flachsinn“ im World Wide Web. „Im Netz werden wir permanent bombardiert von Nachrichten und Angeboten, sind von Flachsinn umzingelt. Wichtiges und Ernsthaftes drohen unterzugehen.“ Ein „Hirn-Quickie“ folgt auf den nächsten. Der Flachgeistpegel steigt für Gunter Dueck besorgniserregend.

Je schriller, schamloser oder gefühligler, desto mehr Aufmerksamkeit

Der Internetvordenker beschreibt provokant, witzig, intelligent und manchmal überbordend ausführlich das Geschäft der Aufmerksamkeitsprofis. Ob Politik, Wirtschaft oder Internet: Es wird immer schneller, lauter und dümmer, was an Statements abgesondert wird. „Es ist möglich geworden, nur noch Quatsch zu erzählen und das Volk kalkuliert aufzuwiegeln. Das sieht man an Beispielen wie Donald Trump, der AfD oder auch – in gemäßigt kalkulierter Form – Horst Seehofer“, so Gunter Dueck im Onlinemagazin t3n (05/2016). Noch nie war das Erzeugen von Rummel so leicht. Jeder Dreck wird zum Non-plus-ultra-Ereignis „hochgepimpt“, wie verbessern, schöner machen, aufpeppen im Fachjargon heißt. Je schriller, blöder, schamloser oder gefühligler, desto mehr Aufmerksamkeit, stellt der begeisterte Blogger fest.

Das Internet ist der Wald und wir das Rotkäppchen

Für Gunter Dueck, den „Die Zeit“ einen „Hofnarr der digitalen Elite“ nennt, ist das Internet ein Wald. Abgelenkt von Blumen und Wölfen verirren wir uns dort wie das Rotkäppchen aus Grimms Märchen. Die Blumen und Wölfe des 21. Jahrhunderts sind für Dueck „Werbetreibende, Netzbanditen oder Wahlkampfpolitiker“, die alle nur unsere Aufmerksamkeit wollen. „Unsere Aufmerksamkeit ist aber ein kostbares Gut, das nur begrenzt zur Verfügung steht und deshalb umso gieriger umworben wird“. Der Autor fächert ausführlich die Strategien der Aufmerksamkeitsprofis im Rampenlicht auf. Allein dafür lohnt es sich, das Buch zu lesen. Es geht Gunter Dueck nicht darum, sie zu verteufeln, sondern vielmehr die Strategien zu (er-)kennen und gegebenenfalls für sich selbst zu nutzen. Sein oft erwähnter Chef bei IBM sagte zu Gunter Dueck: „Be interested, be interesting.“ („Sei interessiert, sei interessant.“) Vorteile und Spielregeln, wie man die digitale Welt für die eigene „Aufmerksamkeitsökonomie“ nutzen kann, ziehen sich wie ein roter Faden durch das Buch.

Echter Inhalt kann sexy sein

Der Internetexperte ruft dazu auf, eine neue Medienkompetenz zu erwerben. Zum einen „um wertvolle Inhalte wieder als solche zu erkennen“. Aber auch zu lernen, visible Selbstwerbung zu machen. Gemeint ist, sich an entscheidenden Stellen

bekannt zu machen. „Rummjammern hilft nichts. Es entsteht eine neue Aufmerksamkeitskultur, in der sich jeder einen Platz suchen muss“, so Guenter Dueck in „Digital Present“ des Tagesspiegels (03/2017) Dies geht keineswegs von heute auf morgen, sondern die Zutaten dazu sind alt: Intensiv diskutieren, forschen, recherchieren, streiten, grübeln, Entscheidungen auch mal sacken lassen. In bewährter Dueck-Manier provoziert er: Echter Inhalt kann sexy sein. Was hindert daran, das Echte im Netz zurückzuerobern? Zu erkennen, was wertvoll ist. Gunter Dueck nennt es „AQ: Attraktionsintelligenz“. Oder wie es im Untertitel von „Flachsinn“ heißt: „Ich habe Hirn, ich will hier raus.“

Unsere Kulturgüter mit Virtual-Reality-Videos digitalisieren

Für den Business-Angel Dueck, der sich selbst als „Weltverbesserer“ sieht, könnte das World Wide Web einen gigantischen Kulturschatz beherbergen. In dem Kapitel „Befreien wir unsere Aufmerksamkeit“ beschreibt der Publizist seinen letztendlich erfolglosen Versuch, Stiftungen dafür zu gewinnen, „unsere hohen Kulturgütern mit Virtual-Reality-Videos zu digitalisieren und frei ins Internet zu stellen“. Gemeint sind Fotos von allen Sehenswürdigkeiten, Kunstwerken, geschichtlichen Momenten und wertvollen (Kinder-)Sendungen, die in den Archiven der öffentlich-rechtlichen Medien lagern. Auch Theaterstücke, Opern und Komponisten, Kopien von Gebäuden,

die unter dem Stichwort „Lean Management“ abrufbar wären, sind vorstellbar. Das ist jedoch aufgrund von teuren und schwierigen Urheberrechten bisher kaum möglich.

Im Internet ein Trust Center etablieren

Der zweifache Familienvater wünscht sich: „Tiefsinn-Oasen zwischen Seichtgebieten“. Zugegeben, eine faszinierende Vorstellung, wenn das Online-Lexikon Wikipedia mit Grafiken, Fotos und Filmen aufgerüstet würde. Wer einmal durch eine Virtual-Reality-Brille geschaut hat, weiß, dass der sendungsbewusste Dueck nicht übertreibt, wenn er von einem „neuen digitalen Zeitalter“ schreibt. Der Eindruck ist so überwältigend, so täuschend echt, dass die meisten sich beim ersten Mal vor Schreck hinsetzen müssen, so auch die Autorin. Duecks Vorschlag, ein „Trust Center“ im Internet zu etablieren, einen Ort für vertrauenswürdige Inhalte, ist einleuchtend: Anstatt Shakespeare aus Reclamheften zu lernen, einfach Inszenierungen bei 3Sat oder arte abrufen. Als Dueck kürzlich in der Bundesversammlung saß, konnten sich Politiker wenig begeistern. „Sie fürchteten juristische Probleme“, so der Kakteenliebhaber im Tagesspiegel.

Wir erschaffen gerade eine neue Lebenswelt

Für den ehemaligen IBM-Cheftechnologien ist Big Data

keineswegs angstbesetzt. Aufgewachsen auf einem Bauernhof in Groß Himstedt bei Hildesheim erlebte er hautnah mit, wie das „damalige Leben von Mähdreschern und Treckern radikal verändert wurde. Diesmal ist es das Internet, begleitet von der damit möglichen Globalisierung“, so Gunter Dueck in „Impresso“. „Wir können uns eine neue Lebenswelt erschaffen – und da will ich mitmachen.“ Mehr als ein Dutzend Bücher hat er in den vergangenen 15 Jahren geschrieben. Die jüngsten Titel waren allesamt Bestseller. Er gibt zweimal im Monat den Newsletter „Daily Duck“ heraus, den inzwischen 11.000 Menschen abonniert haben. Der ehemalige Manager beobachtet mit Staunen, dass Neuheiten häufig erst mal unterschätzt werden. Die Autoindustrie habe das Carsharing belächelt, die Banken das Internetbanking, die Medien die ePaper. Sie ließen sich von einem geringen Marktanteil täuschen. Aber: „Die Faustformel lautet: Zehn Prozent Neues killt 90 Prozent Altes.“

Fazit

Aufmerksamkeit wird seit Jahren zu einer Art Ersatzwährung. Wer auf sich aufmerksam macht, – egal womit – scharft Werbeflächen um sich und verdient Geld. Aufmerksamkeit um jeden Preis erfordert aber auch mehr Medienkompetenz, damit das Hirn und wir Menschen im verantwortungsvollen Gerangel um das Interesse nicht auf der Strecke bleiben. „Flachsinn“ ist gelegentlich ausschweifend, aber dank einer unterhaltsamen

Mischung aus Philosophie, Psychologie, Comedy und Zynismus gut konsumierbar. Spannend zu lesen ist Duecks Fazit: Der Autor analysiert, was das Internet mit den Menschen anstellt und umgekehrt. Und weshalb es eine neue digitale Infrastruktur braucht, mit Menschen, die in der Lage sind, ein „Culture Valley“ aufzubauen – und nicht einfach das Silicon Valley in Kalifornien zu kopieren.

Weitere Beiträge zum Thema:

- *Gunter Duecks Blog: www.omnisophie.com*
- *[schwarmdumm-autor-gunter-dueck-702123](#)*
- *[die-verbloedung-im-internet-schadet-allen](#)*
- *[godfather-gunter-dueck-big-data-kann-die-gesellsch...](#)*

Impressum

Verlag/Herausgeber:

Bank für Sozialwirtschaft AG
Konrad-Adenauer-Ufer 85
50668 Köln
Telefon 0221 97356-237
Telefax 0221 97356-479

www.sozialbank.de

Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), s.bauer@sozialbank.de,
Eva Richter
Maicke Mackerodt, info@mackerodt.de, www.rhein-reden.de
(Buchempfehlung)

ISSN: 1869-7631

Erscheinungsweise: monatlich